

**Piotr Pysz**

## **VIII. Kongress der Polnischen Ökonomen – Warschau 29. bis 30. November 2007**

Die in unregelmäßigen zeitlichen Abständen organisierten landesweiten Kongresse der Wirtschaftswissenschaftler gehören zweifelsohne zu den allergrößten Ereignissen im Leben der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft des Landes. Der von der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (Berufsverband der Wirtschaftswissenschaftler, der sowohl Theoretiker als auch Praktiker vereinigt) vorbildlich organisierte und durchgeführte Kongress war auch aus anderen Gründen eine besondere Veranstaltung. Denn die Beratungen des Kongresses fanden ungefähr fünf Wochen nach der Parlamentswahl am 21. Oktober 2007 statt. Das Ergebnis der Wahl war, dass die liberale Bürgerplattform von Donald Tusk die Recht und Gerechtigkeitspartei (PIS) der Gebrüder Kaczyński besiegte. Dies trug neben der guten Konjunktur in der Wirtschaft mit Zuwächsen des realen BIP in den Jahren 2006 und 2007 um jeweils 6,1% und 6,5% sowie dem damit einhergehenden Anstieg der Beschäftigtenzahlen um jeweils 1,6% und 1,5% zur guten Grundstimmung unter den Kongressteilnehmern bei. Die Erleichterung darüber, dass die Regierung von Jarosław Kaczyński mit ihrer antiliberalen Rhetorik und offensichtlichem Desinteresse für die Belange der Wirtschaft von der Macht verdrängt wurde, war buchstäblich mit allen Fibern zu spüren. Diese im Prinzip positive Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes erlaubte auch, die Aufmerksamkeit der Kongressteilnehmer auf die grundsätzlichen Probleme der Entwicklung der polnischen Wirtschaft zu lenken. In diese Richtung wies eindeutig auch das Motto des Kongresses: „Polen in der Weltwirtschaft – Chancen und Gefahren der Entwicklung“.

Der Kongress, dessen Beratungen im berühmt-berüchtigten Warschauer Kulturpalast – einem eher ungeliebten „Geschenk“ des Genossen Stalin an das polnische Volk – statt fanden, versammelte 700 Teilnehmer aus Polen und einige Gäste aus dem Ausland. Zu der Großveranstaltung wurden 216 Referate angemeldet, die ein mehr als sehr umfangreiches Themenspektrum fast aller ökonomischen Fächer abdeckten. Die Organisatoren um die Präsidentin der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft Professorin Elżbieta Mączyńska hatten die Beratungen in zwei Plenarsitzungen und mehrere Panels aufgeteilt. Die erste Plenarsitzung am 29. November befasste sich mit der Einschätzung der polnischen Transformation und ihrer Zukunftsaussichten. Einen Tag später war folgerichtig die wirtschaftliche Zukunft des Landes Thema der nächsten Plenarsitzung. Die einzelnen Panels befassten sich u. a. mit solchen Fragestellungen wie „Wirtschaftswissenschaften und Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft“ (Leitung Prof. Prof. Bogusław Fiedor und Zbigniew Hockuba), „Wirtschaftspolitik und die Entwicklung des Landes“ (Leitung Prof.

Urszula Płowiec), „Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik über die Quellen und Barrieren des Wirtschaftswachstums“ (Leitung Prof. Ewa Okoń-Horodyńska), „Der Finanzsektor – Dilemmata und Entwicklungsrichtungen“ (Leitung Prof. Stanisław Rudolf), „Makroökonomische Prognosen“ (Leitung Dr. Krzysztof Markowski).

In ihrem die erste Plenarsitzung einleitenden Referat skizzierte Professorin E. Mączyńska die Hauptrichtung der Diskussion über die Systemtransformation. Am Anfang stellte sie in Bezug auf die Referate der zu dieser Session eingeladenen prominenten Redner fest: „Die Mehrheit der Referate verbindet die Anerkennung der fundamentalen Bedeutung der Ordnungspolitik für die erfolgreiche Entwicklung des Landes. Dies kommt vor allem in den Referaten von Prof. Prof. Waław Wilczyński, Tadeusz Kowalik, Zdzisław Sadowski und Jerzy Hausner zum Ausdruck. Was sie dagegen voneinander trennt, ist die Meinung über das für Polen besonders geeignete Modell der Wirtschaftsordnung....Die Referate und die Kongressdiskussion sollen uns einem solchen vorbildlichen Modell näher bringen.“ Initiiert durch die Präsidentin der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft zeichnete sich in den Referaten und Kongressdiskussion neben der Beschäftigung mit Ökonomie als Wissenschaft und vorwiegend makroökonomischen Problemen der Wirtschaft ein starkes Interesse für ordnungspolitische Fragestellungen. Dieser Problematik möchte ich im vorliegenden Bericht vor allem nachgehen.

Der hochgeschätzte Nestor der polnischen liberalen Nationalökonomie W. Wilczyński ging in seinem Referat von der grundsätzlich positiven Einschätzung des „Balcerowicz-Plans“ wegen des Muts seines Verfassers und seiner Konsequenz und Radikalität aus. Seine Implementierung schuf nach 1990 neue, die Aktivitäten und die Effizienz der Wirtschaftssubjekte begünstigenden Bedingungen des Wirtschaftens. Die bisherigen Erfolge der polnischen Transformation wurden durch den Verfasser im entscheidenden Maße diesem Faktor zugeschrieben. Zugleich verwies W. Wilczyński in seinem Referat mehrmals auf Inkonsequenzen und Schwächen der Ordnungspolitik in den darauf folgenden Jahren bei den vielen aufeinander folgenden Regierungen unterschiedlicher politischer Provenienz. Die Folge sei, dass die polnische Volkswirtschaft sich in Richtung auf den „Dritten Weg“ und einen überholten Wohlfahrtsstaat entwickelte. W. Wilczyński setzte sich für eine entschiedene und konsequente Ordnungspolitik ein, die sich ohne wenn und aber auf die Umsetzung der liberalen Grundprinzipien orientiert. „Polen braucht eine klare und harte Wirtschaftsordnung, die die Produzenten des Wohlstands und nicht nur seine Konsumenten fördert“.

Eine im Prinzip gegensätzliche wissenschaftliche Position vertrat dagegen Tadeusz Kowalik, der von einem anderen – übrigens mit ihm befreundeten – Referenten, Jerzy Hausner, als linksorientierter Keynesianer bezeichnet wurde.

T. Kowalik ist in Polen u. a. wegen seiner kontroversen und bewusst zugespitzten Aussagen, die sich auf den „Balcerowicz-Plan“ und die negativen sozialen Folgen seiner Umsetzung beziehen, bekannt. Der Referent stellte unmissverständlich fest, dass Polen im Jahr 1989 einen unsäglichen Weg der ordnungspolitischen Umwandlungen betrat. „Das Resultat ist eine der ungerechtesten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen Europas der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“. Diese ungerechte Ordnung ist seiner Meinung nach eine Folge der Übernahme der hayekschen-friedmanschen Version des Liberalismus als ideologische Grundlage für die neoliberale Konzeption der Transformation. Dazu kamen noch Reaganomics sowie Thatcherismus als Leitbilder für die sie implementierende Wirtschaftspolitik. Der Referent verwies mit Nachdruck auf die um 1990 zur Verfügung stehende Option, die Transformation auf eine andere liberale Grundlage zu stellen. Es handelt sich dabei um den demokratischen Liberalismus angelsächsischer Prägung u. a. mit der Konzeption der „Eigentümerge Demokratie“ von John Rawls, die auf einen hohen Grad der Gleichheit bei der Verteilung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln unter die Bürger setzt. In diesem Kontext zitierte T. Kowalik zustimmend Joseph Stiglitz: „Die Antworten des Sozialismus auf die Fragen der Menschheit... erwiesen sich als falsch. Sie fußten auf fehlerhaften bzw. nicht vollständigen Theorien, die der Vergangenheit angehören. Aber sie orientierten sich auf Ideale und Werte, von denen viele weiter beständigen Charakter besitzen. Denn sie widerspiegeln den ewigen Traum von einer menschlicheren und egalitären Gesellschaft“.

Anders als T. Kowalik setzten Z. Sadowski und J. Hausner in ihren Referaten die Akzente. Z. Sadowski schätzte die polnische Transformation dank der erfolgreichen Einschaltung einer funktionierenden Marktwirtschaft und Etablierung politischer Demokratie grundsätzlich als Erfolg ein. Zugleich verwies er auf die damit einhergehende höchst ungünstige soziale Situation des Landes. Die Lösung der Probleme der polnischen Volkswirtschaft sieht der Referent in der wissenschaftlichen Diskussion und der darauf folgenden Umsetzung der Idee der Sozialen Marktwirtschaft in der Wirtschaftspolitik sowie dem Engagement des Staats bei der Entwicklung einer langfristigen und in sich konsistenten Entwicklungskonzeption des Landes. Diese soll die wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und ökologischen Probleme Polens im Kontext der Entwicklung der Weltwirtschaft aufgreifen. Der Referent vertrat überzeugend die Meinung, dass die weitere Entwicklung Polens nicht alleine dem nach dem „laissez-faire“-Prinzip funktionierenden Markt überlassen werden dürfe. Der Markt brauche eine Korrektur durch die staatliche Ordnungspolitik und die langfristig angelegten Entwicklungsstrategie. In diesem Zusammenhang erscheint es mir angebracht, an die unlängst gemachte Aussage des international bekannten Kommentators der „Financial Times“ Martin Wolf zu erinnern. In Bezug auf das immer wieder internationale Krisen verursachende kurzfristig orientierte Bankensystem (vor allem das amerikanische) stellte er

fest, dass es vorteilhaft wäre, dort nicht mit einem Kalenderjahr, sondern mit einem Jupiterjahr (12 Erdenjahre) zu operieren. Interessant ist auch die Argumentation von Jerzy Hausner. Ohne den Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft beim Namen zu nennen, spricht er sich entschieden dafür aus, das marktwirtschaftliche Geschehen in feste und für alle Wirtschaftssubjekte allgemein verbindliche Spielregeln zu fassen. In den Vordergrund stellte Hausner dabei die Gestaltung der institutionellen Ordnung der Wirtschaft.

Die weiteren Referate der ersten Plenarsitzung von Grzegorz W. Kołodko, Leszek Zienkowski und Marek Belka befassten sich mit der Prozesspolitik der Jahre 1990-2007 und den begangenen angeblichen oder wahren prozesspolitischen Fehlleistungen. Besonders G. Kołodko nahm sich dem Fehlerthema an. Seine – delikat formuliert – höchst kontroverse Schlüsselthese war, dass ohne diese Fehler im genannten Zeitraum in Polen ein kumuliertes Wachstum des BIP bei Ausgangsgröße des Jahres 1989=100 nicht wie faktisch erreicht von 166,4, sondern von 260,9 möglich gewesen wäre! Viel realistischer waren dagegen die Aussagen des Referats von Marek Belka, der auf der Grundlage von umfangreichen empirischen Untersuchungen für einen möglichst zügigen Beitritt Polens zu der Eurozone plädierte. Seine Schlüsselthese könnte auf die Kurzformel gebracht werden „je schneller desto besser“.

Zu den in dieser Session präsentierten Referaten wurden Kommentare von drei international renommierten Wissenschaftlern abgegeben. Neben dem Ökonomen Stanisław Gomułka, waren das der Soziologe Piotr Sztompka und der Politologe Roman Kuźniar. Während St. Gomułka sich hauptsächlich mit verschiedenen Aspekten des Wachstums der polnischen Volkswirtschaft und der Prozesspolitik befasste, ging P. Sztompka hoch interessant und unkonventionell auf die Problematik der ordnungspolitischen Umwandlungen ein. Zunächst hob er die immense Bedeutung der zwischenmenschlichen Interaktionen im Wirtschaftsprozess hervor. Für diese Interaktionen benutzte P. Sztompka den Begriff des gesellschaftlichen Kapitals. „Das Problem ist, dass dieses Kapital infolge der transformationspolitischen Prozesse stark erodierte. Dies bezieht sich vor allem auf das – aus meiner Sicht – besonders relevante Kapital des zwischenmenschlichen Vertrauens als Aspekt des gesellschaftlichen Kapitals.“ Als Erosionsursache nannte der Kommentator eine Sequenz von vier Traumata, denen die Bevölkerung Polens im Transformationsprozess ausgesetzt worden sei. Diese Traumata haben wiederum posttraumatische Folgen. Dazu zählen sowohl die Flucht zurück in das Privatleben und die Externalisierung des Vertrauens ins Ausland (Irland oder England) als auch die sich ausbreitende Korruption. Die Korruption droht in letzter Konsequenz den Zusammenhalt der Gesellschaft zu zerstören. Auf diese Gefahr wies in seinem Referat übrigens auch W. Wilczyński hin. Der Referent bediente sich des Begriffs der Makrokorrption und warnte vor fatalen Folgen der Korrumpierung von ganzen

Gesellschaftsgruppen durch die Regierung, was folgerichtig nichts Anderes als die Diskriminierung anderer Gruppen der Gesellschaft bedeute.

In diesem Zusammenhang tauchte in verschiedenen Varianten immer wieder die Grundsatzfrage auf, was in der Zukunft im ordnungspolitischen Bereich eigentlich zu tun sei. Schon in ihrem Einführungsreferat plädierte die Präsidentin der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft E. Mączyńska für eine intensive wissenschaftliche Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft und konsequente Umsetzung dieses in der Verfassung der Republik Polen (Artikel 20) verankerten wirtschaftspolitischen Leitbilds. Sie betonte den par excellence ordoliberalen Charakter dieser Konzeption und fand bei Jeffrey Sachs mit seiner Idee der „klinischen Ökonomie“ eine Anlehnung an die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft, welche die ökonomischen und sozialen Ziele des Wirtschaftens als Einheit betrachtet und vorwiegend durch Ordnungspolitik implementiert. Die Implementierung dieser Konzeption macht übrigens den praktischen Kern der intellektuell interessanten ordnungspolitischen Diskussion des Kongresses aus, weil nach Aussagen sowohl der Referenten (G. Kołodko und W. Wilczyński) als auch der Diskussionsteilnehmer (Maciej Miszewski) der Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Im Gegenteil. Er erfordert in den bevorstehenden Jahrzehnten eine konsequente und langfristige ordnungspolitische Fortsetzung, die neben ökonomischen und sozialen auch ökologische Belange der Volkswirtschaft in Betracht ziehen muss (Z.Sadowski).

Das mehr mal wiederholte Postulat hinsichtlich der Diskussion und Umsetzung des verfassungsmäßigen Leitbilds der Sozialen Marktwirtschaft gewinnt noch mehr an Bedeutung, wenn in Betracht gezogen wird, dass die polnische Transformation in ihrem bisherigen Verlauf einen asymmetrischen Charakter hatte. Das Hauptinteresse der politisch Verantwortlichen galt der Ablaufpolitik, vor allem dem Wirtschaftswachstum und der makroökonomischen Stabilisierungspolitik. Die langfristig angelegte und auf Synthese von ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen des Wirtschaftens ausgerichtete Ordnungspolitik ist unter dem Druck der Sachzwänge des wirtschaftlichen Alltags vernachlässigt worden. Neben diesem Druck spielte hier auch der Sachverhalt eine bedeutende Rolle, dass eine wirksame Ordnungspolitik eine umfangreichere und fundiertere wissenschaftliche Grundlage als eine typische Ablaufpolitik erfordert. Die neoklassische ökonomische Theorie bildet dafür zwar eine notwendige, aber keineswegs zureichende Voraussetzung. Ebenso muss die anthropologisch-soziologische Basis der Marktwirtschaft in die ordnungspolitischen Überlegungen einbezogen werden. Der oben erwähnte Kommentar von P. Sztompka wies darauf zwar indirekt, aber dafür mit Nachdruck, hin. In der ökonomischen Theorie wird im Prinzip vorausgesetzt, dass freie Menschen im Wirtschaftsprozess auch von ihrem vorhandenen Handlungsspielraum verantwortungsvoll Gebrauch machen können. Die Wirklichkeit des Wirtschaftslebens weicht jedoch von dieser

Prämisse mehr oder weniger ab, u. a. wegen des nicht im genügenden Maße vorhandenen Vertrauenskapitals. Deshalb kann und muss der verantwortungsvolle Gebrauch der Freiheit der Wirtschaftssubjekte gelernt und geübt werden. Die Ordnungspolitik kann solche in der Marktwirtschaft eigentlich unentbehrliche Lernprozesse fördern. Somit hätte sie, wie paradox das auch klingen mag, eine erzieherische Aufgabe zu erfüllen.

In der zweiten Plenarsitzung des Kongresses am 30. 11., die sich mit der wirtschaftlichen Zukunft Polens befasste, rückte die Problematik des Wirtschaftswachstums, der strukturellen Veränderungen, makroökonomischer Stabilisierung sowie des europäischen Kontexts der polnischen Volkswirtschaft in den Vordergrund. Mit dem letzten Thema befassten sich vor allem zwei Prominente Vertreter Polens im EU-Parlament – Prof. Dariusz Rosati und Dr. Janusz Lewandowski. Neben ihnen stellten die Prof. Prof. Kazimierz Łaski, Mario Nuti, Antoni Kukliński und der Verfasser dieses Konferenzberichts ihre Referate vor und beantworteten Fragen der Diskussionsteilnehmer. In meinem Referat und der Beantwortung von Fragen ging ich noch ein Mal auf die Schlüsselbedeutung der Ordnungspolitik für die künftige Entwicklung Polens ein. Die These des Auftritts war, dass für die Implementierung des verfassungsmäßigen Gebots der Sozialen Marktwirtschaft eine Synthese der ordoliberalen Wettbewerbsordnung Walter Euckens mit der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards zweckmäßig wäre. Denn die Wettbewerbsordnung sichert die Funktionsweise der Marktwirtschaft in einem für sie adäquaten ordnungspolitischen Rahmen und die Erhardsche Konzeption richtet sich auf die Stärkung ihrer unentbehrlichen anthropologisch-soziologischen Basis, d. h. der Fähigkeit der wirtschaftenden Menschen aus ihrer Freiheit verantwortungsvoll Gebrauch zu machen.

Der Kongress weckte eine reges das Interesse der polnischen Medien und der Politik. Zu den Teilnehmern sprach am ersten Kongresstag der für Wirtschaft zuständige Vizepremier der neu gewählten Regierung Antoni Pawlak. Die Rede wurde von der Mehrheit der Kongressteilnehmer mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse der Beratungen des Kongresses werden in den nächsten Monaten von der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft in mehreren Sammelbänden veröffentlicht. Das gibt Anlass zu hoffen, dass sie starken Einfluss auf die Fortsetzung der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion in Polen nehmen werden. Das Land wird seine Wirtschaftswissenschaftler und ihre wirtschaftspolitische Konzepte auch in den bevorstehenden Jahren und Jahrzehnten dringend brauchen.